



Hans-Joachim Otto, MdB  
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien  
des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP  
Vorsitzender der FDP-Kommission für Internet und Medien  
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 73690  
✉ (030) 227 – 76690  
Internet: [www.hans-joachim-otto.de](http://www.hans-joachim-otto.de)  
✉ [hans-joachim.otto@bundestag.de](mailto:hans-joachim.otto@bundestag.de)

# Pressemitteilung

**22. Januar 2007**

## **OTTO: Kritik an Vorratsdatenspeicherung berechtigt**

*22.01.07 Berlin. Zum Gesetzentwurf von Bundesjustizministerin Zypries zur Vorratsdatenspeicherung von Kundendaten bei Telekommunikationsdienstleistungen und der dazu geäußerten Kritik einschlägiger Verbände erklärt der Medien- und Internetexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:*

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der eine sechsmonatige Speicherung der Nutzungsdaten von Telefon, SMS, Email und Internet vorsieht, schießt weit über das Ziel notwendiger Strafverfolgungsmaßnahmen hinaus. Eine solche massenhafte Ansammlung von sensiblen Kundendaten ohne jeden konkreten Verdacht auf eine Straftat läßt sich mit datenschutzrechtlichen Grundlagen nicht vereinbaren. Darüber hinaus verursacht sie einen nicht zu rechtfertigenden Aufwand bei den Telekommunikationsunternehmen.

Auch wenn es sich bei dem Gesetzentwurf um die Umsetzung einer EU-Richtlinie handelt, dürfen fundamentale Datenschutzrechte nicht außer Kraft gesetzt werden. Im Deutschen Bundestag gibt es fraktionsübergreifenden Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der europäischen Vorgabe und seiner Umsetzung.

Das in der letzten Woche vom Bundestag verabschiedete Telemediengesetz beinhaltet bereits weitreichende Regelungen zur Weitergabe von Nutzerdaten. Eine darüber hinausgehende Einschränkung der Datenschutzrechte durch das geplante Gesetz der Bundesregierung widerspricht rechtstaatlichen Grundsätzen.

Ich schließe mich daher ausdrücklich der Kritik einer von wichtigen Verbänden geäußerten "Gemeinsamen Erklärung" an und fordere die Bundesjustizministerin erneut auf, von übertriebenen Kontrollmaßnahmen abzusehen, die die Bürgerrechte unnötig einschränken und in ihrer Wirksamkeit zweifelhaft sind.